



18.04.2019

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

OLAF: Etappenziel geschafft!

Auch in der letzten Plenarwoche vor Ende der Wahlperiode haben wir noch fleißig Gesetzgebung betrieben. Unter anderem haben wir die Verhandlungsposition des Parlaments zur Reform des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), für die ich federführend verantwortlich bin, beschlossen. Damit haben wir ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu einer besseren Betrugsbekämpfung auf EU-Ebene erreicht. Im Haushaltskontrollausschuss konnte ich erfreulicherweise bei vielen Punkten einen Konsens zwischen den Fraktionen erzielen. Wir alle wollen das OLAF stärken, indem wir seine Untersuchungen effizienter, gerichtsfester und damit wirksamer machen. Wir wollen, dass die Behörden in den Mitgliedstaaten die Ergebnisse der OLAF-Untersuchungen aufgreifen und konsequent nutzen. Besonders wichtig ist mir dabei eine Stärkung der Verfahrensrechte der von Untersuchungen betroffenen Personen. Sie sollen etwa das Recht erhalten, in den OLAF-Abschlussbericht Einsicht zu nehmen und gegen diesen vor Gericht Klage zu erheben, falls sie der Ansicht sind, dass ihre Rechte im Zuge der Untersuchung verletzt worden sind. Damit schließen wir eine eklatante Rechtslücke in der bisherigen Verordnung. Der jetzt beschlossene Text ist eine runde Sache. Wir unterstützen einerseits die Vorschläge der Kommission, und wir schlagen andererseits weitere Maßnahmen vor, die aus unserer Sicht notwendig sind, um die

entscheidenden Schwächen der bisherigen Rechtsgrundlage auszumerzen. Anlass der Reform ist übrigens die für Ende 2020 geplante Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft. Diese wird die bisherigen Aufgaben des OLAF teilweise übernehmen, was eine entsprechende Anpassung der OLAF-Verordnung notwendig macht. Nun ist der Ministerrat am Zug, der sich trotz monatelanger Beratungen bisher nicht auf eine gemeinsame Position einigen konnte. Das neue Parlament wird nach der Europawahl für Verhandlungen bereitstehen!

Rumäniens Rechtsstaat in Gefahr

Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien stand erneut auf der Tagesordnung. Die rumänische Regierung setzt alles daran, den Rechtsstaat immer weiter auszuhöhlen. Erst hat sie die Unabhängigkeit der Justiz ausgehebelt, nun wird die vom Europaparlament unterstützte Kandidatin für das Amt des Europäischen Generalstaatsanwalts, die couragierte frühere Leiterin der rumänischen Antikorruptionsbehörde Laura Codruța Kövesi, mit immer neuen Verfahren und fadenscheinigen Anklagen überzogen und unter gewaltigen Druck gesetzt. Es ist höchste Zeit, dass auch gegen Rumänien ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags wegen Verletzung des Rechtsstaatsprinzips eingeleitet wird. Es wird Zeit, dass die anderen Mitgliedstaaten aufhören wegzuschauen und Rumänien endlich in die Schranken weisen!

Für noch sicherere Straßen

Die Straßen der EU sind bereits die sichersten der Welt! Aber die jüngsten Zahlen zeigen auch: Der Rückgang der Sterblichkeits-

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



rate stagniert. Allein 2017 kamen in der EU über 25.000 Menschen bei Verkehrsunfällen um. In 90 Prozent der Fälle sind diese auf menschliches Versagen zurückzuführen. Hier müssen wir dringend weitere Anstrengungen unternehmen und dafür sorgen, dass die Straßenverkehrssicherheit verbessert und Leben gerettet werden. Das Europäische Parlament hat sich deshalb am Dienstag dafür ausgesprochen, dass Neuwagen künftig mit noch besseren Assistenzsystemen ausgestattet werden. Dazu gehören etwa eine Warnung bei Müdigkeit und Ablenkung des Fahrers (z. B. Smartphone-Nutzung während der Fahrt), eine intelligente Geschwindigkeitsassistentz und Rückwärtsfahr-sicherheit mit Kamera oder Sensoren sowie die Unfalldatenaufzeichnung („Blackbox“). Auch ein Spurhalte- sowie ein erweitertes Notbremsassistentzsystem sind vorgesehen. Wenn die Mitgliedstaaten der EU-Verordnung zustimmen, treten die neuen Standards im Frühjahr 2022 in Kraft.

Frontex wird aufgestockt

Die von uns vorgeschlagene Aufstockung der Europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex auf 10.000 Einsatzkräfte wird endlich Wirklichkeit. Mit der Entscheidung im Europaparlament machen wir Europa sicherer und schützen unseren Schengenraum. Das ist zur effektiven Aufgabenerfüllung dringend notwendig. Die EU wird nun über die Instrumente verfügen, um Migrationsströme besser steuern und kontrollieren zu können. In Absprachen mit den Mitgliedstaaten können die Grenzschutzbeamten bei hohem Migrationsdruck schnell und unbürokratisch an den Außengrenzen eingesetzt werden.

Bis 2027 soll die Reserve von 10.000 Grenzschutzbeamten einsatzfähig sein.

Besuch aus der Heimat

Diese Woche haben mich zwei Gruppen aus der Heimat besucht: Die Frauen-Union Schwäbisch Gmünd und der CDU-Gemeindeverband Plüderhausen. Es hat mich sehr gefreut, dass Sie da waren.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Nach vier Monaten endet das Praktikum von Samantha Babine aus Texas in meinem Büro. Ich hoffe, dass sie einen guten Einblick in die Europäischen Union erhalten hat und die tolle Erfahrung in Europa nach Amerika trägt. Für ihre große Unterstützung möchten wir uns bei ihr recht herzlich bedanken und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute!

Am 26. Mai ist Europawahl!

Wie Sie wissen, naht die Europawahl mit Riesenschritten. Dies ist mein letzter Newsletter in dieser Wahlperiode – ab heute ruht die „Gesetzgebungsmaschine“ in Straßburg und Brüssel für einige Wochen, bis es dann nach dem 26. Mai wieder mit Volldampf weitergeht. Daher möchte ich an dieser Stelle Ihnen, meinen treuen Leserinnen und Lesern, für Ihr Interesse an der europäischen Politik und an meiner Arbeit herzlich danken. Es ist mir immer eine Freude, Sie über das Neueste aus dem Parlament auf dem Laufenden zu halten. Bitte gehen Sie am 26. Mai zur Wahl, und geben Sie Ihre Stimme der Baden-Württemberg-Partei CDU – Sie ermöglichen mir damit, dass ich mich auch weiterhin in Ihrem Sinne dafür einsetzen kann, dass wir die EU stärken und weiter verbessern!

So können Sie mich erreichen

vor Ort: Tel. 07323 9523855 · info@inge-graessle.eu · Postanschrift: Grabenstraße 24 · 89522 Heidenheim
im Europäischen Parlament: Büro ASP 15E154 · Rue Wiertz · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · **im Netz:** www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle